

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften.

Vom 10. Mai 1892.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden
deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w.
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter
Zustimmung des Bundesraths und des Reichs-
tags, was folgt:

§ 1.
Die Familien der aus der Reserve, Land-
wehr und Seewehr zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften erhalten auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützung. Das Gleiche gilt bezüglich der Familien der aus der Ersatzreserve für die zweite oder dritte Uebung einberufenen Mannschaften.

Vorliegendes findet nicht Anwendung, wenn der Uebungsbescheid zu demjenigen Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamten, welchen zufolge § 66 Absatz 2 des Reichs-Militärstrafgesetzes vom 2. Mai 1874 (Reichs-Gesetzblatt Seite 45) in der Zeit der Einberufung zum Militärdienst ihr persönliches Dienstverhältnis gewahrt ist, gehört. Der Anspruch auf Unterstützung ist bei der Gemeindebehörde desjenigen Ortes anzubringen, in welchem der Unterstützungsberechtigte zur Zeit des Beginnens des Uebungsbescheides seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, und erstet, wenn solches nicht binnen vier Wochen nach Beendigung der Uebung geschieht.

Die Gewährung der Unterstützung richtet sich, soweit nachfolgend nicht Besonderes bestimmt ist, nach den Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 (Reichs-Gesetzblatt Seite 59).

§ 2.

Die täglichen Unterstützungen sollen betragen:
a) für die Ehefrau dreifach dem Projekt des ordentlichen Tagelohns für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthaltsort des Einberufenen,
b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen zehn Prozent des ordentlichen Tagelohns für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthaltsort des Einberufenen.

mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung höchstens Prozent des Betrages des ordentlichen Tagelohns nicht übersteigt.

§ 3.

Die gezahlten Unterstützungen werden aus Reichsmitteln erstattet. Die Erstattung hat vor Ablauf des Etatsjahres zu erfolgen, in welchem die Zahlung stattgefunden hat.

Die nach Maßgabe dieses Gesetzes gewährten Unterstützungen können nicht versäumnis, noch an Dritte abgetreten werden, unterliegen auch keiner Art von Zwangsvollstreckung.

§ 4.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1892 in Kraft.

§ 5.

Unterstützungen nach Maßgabe dieses Gesetzes werden auch rückwirkend solcher Friedensübungen gewährt, welche ganz oder theilweise in der Zeit vom 1. April 1892 bis zum 1. Juli 1892 stattgefunden haben.

Ist die Friedensübung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes beendet, so beginnt die vierwöchige Frist für die Abbringung des Unterstützungsanspruchs mit dem 1. Juli 1892.

Unschuldig unter Unserer Hoheitgebändigten Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne. Gegeben Emden, den 10. Mai 1892.
(L. S.) Wilhelm.

v. Böttcher.

Deutschland.

Berlin, 18. Mai. Die jüngsten Abstimmungen im Abgeordnetenhaus haben zwei bemerkenswerthe Erscheinungen zu Tage gefördert. Zunächst ist die Novelle zum Vergesetz einstimmig, also auch vom Zentrum, angenommen worden. Wenn man sich vergegenwärtigt, mit welcher Leidenschaft diese Partei Wochen lang über das „von den National Liberalen verbundene“ Gesetz gerastet und die Vertheidigung in den Vergesetztreiben gegen dasselbe aufgeworfen hat, so hätte man erwarten sollen, daß das Zentrum seinen Widerspruch auch im Abgeordnetenhaus bis zuletzt aufrecht erhalten würde. Das hat die Partei aber wohlweislich nicht gethan, sondern sie hat mit ihrer Zustimmung schließlich anerkannt, daß das Gesetz zum mindesten doch erhebliche Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand enthalte. Wozu aber dann dieses aufregende Vorgehen, wenn man wirklich nur das Ziel des Schutzes und der Fürsorge für die Arbeiter im Auge hat und nicht agitatorische Neben Zwecke verfolgt?

Eine andere bemerkenswerthe Abstimmung ist die der konservativen Partei gegen die neue Landgemeindeordnung für Schleswig-Holstein. Die Partei begründete ihren Widerspruch damit, daß sie nicht für die Ausdehnung einer noch unversprochenen Neuorganisation auf diese damit verschönte Provinz stimmen, auch erst die große Kommunalreform abwarten wolle. Das sind ganz richtige Einwände. Nachdem die Reform der Landgemeindeordnung für den größten Theil der Monarchie vollzogen und in bewährter Wirksamkeit ist, müssen notwendig auch die noch rückständigen Provinzen nachfolgen. Daran kann auch der Widerstand der Konservativen nichts ändern. Allein sie wollten wieder einmal ihren Muthmaßung über die gegen ihren Willen zu Stande gekommene Landgemeinderreform, über den Minister Herrfurth und so Manches, was in neuerer Zeit geschehen, Ausdruck geben. Für die noch immer in der Partei überwiegende Stimmung ist dieses Votum bezeichnend.

Die Verhandlungen des Börsenunter suchungsausschusses mit den Sachverständigen nehmen, wie man der „Nat.-Ztg.“ berichtet, einen großen Umfang an. Es ist schwer, die Zeit der Beendigung der Untersuchung abzuschätzen. Vom 9. bis zum 14. Mai sind nur wenige der einberufenen Personen gehört; von den Berliner Sachverständigen sind bisher nur die Herren Boppelt und Wenary zu Ende vernommen worden. Heute finden Vernehmungen der Vam-

direktoren Ruffell, Kömpf, Dr. Siemens und Winterfeldt, ferner des Kammergerichtsraths Köhner, der Herren Sigismund Samuel und Julius Alexander von hier, der Bankiers Wolbe aus Bremen und Arnolds aus Dresden statt. Neu zugezogen werden behufs späterer Vernehmung Max von Gnaitz, Präsident der Handelskammer von Frankfurt a. M., Rudolf Kramer aus Mühlrose (für die Mühlenindustrie), Justizrath v. Simson, Justizrath Lese, Geh. Justizrath von Wilmsdorf, ferner noch zwei Mitglieder des Kammergerichts und des Landgerichts.

Das Kreuzgeschwader, bestehend aus S. M. Schiffen „Leipzig“ (Flaggschiff) und „Alexandrine“, Geschwaderchef Konter-Admiral von Pawelz, ist am 17. Mai cr. in Colombo (Ceylon) eingetroffen.

Die „Nat.-Ztg.“ behandelt die von deutsch-freimüthiger Seite angeregte Frage einer Vereinigung der preussischen Landtags-Wahlkreise vom Standpunkte des „Kartells“, die Deutsch-Freimüthigen wollten dadurch einen Keil zwischen die „Kartell-Parteien“ treiben, aber auch von national-liberaler Seite werde dem widersprochen. Wie es scheint, soll sich dies auf die Bedenken beziehen, mit denen wir das Projekt aufgenommen. Eine derartige Behandlung der Frage lehnen wir aber durchaus ab. Es giebt kein Kartell und keine Kartell-Parteien mehr, am wenigsten im preussischen Landtag, wo die früher so bezeichneten Parteien in den letzten Jahren fast in allen wichtigen politischen Fragen einander bekämpft haben: bei der Landgemeindeordnung, der Aufhebung des Sperrgesetzes, dem Volksschulgesetz u. s. w. Andererseits ist das Interesse, welches die Deutsch-Freimüthigen haben, die Zahl der Berliner Abgeordneten von 9 auf 23 erhöht zu sehen, ein so nahe liegendes und bedeutendes, daß man keine außerhalb der Sache liegenden Beweggründe zu unterstellen braucht, um die Anregung begreiflich zu finden; auch ist ihr eine gewisse Berechtigung im Hinblick auf die eingetretenen Veränderungen der Bevölkerung offenbar nicht zu bestreiten.

Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt dazu: Wenn wir der Anregung gegenüber gleichwohl Bedenken haben, obgleich bei der Neuvertheilung der Mandate auch den National Liberalen vielleicht einiger Gewinn winkt, so ist es aus den schon angegebenen Gründen der Fall; und uns scheint, daß diese Frage auch für die Deutsch-Freimüthigen nicht ganz ohne Gewicht sein können. Diese Partei ist jetzt im Abgeordnetenhaus auf eine sehr kleine Anzahl Mandate, im Ganzen 27 unter 443, beschränkt. Hofft sie, wieder zu größerem Einfluß in Preußen zu gelangen, so muß sie doch wohl noch auf andere Wählerkreise, als die einzigen großen Städte und großstädtischen Bezirke rechnen. Mit Ausnahme dieser wenigen Wahlkreise dürfte man aber im ganzen Lande gegen eine Neuvertheilung sein, die vielfach eine Verminderung des bisherigen politischen Gewichtes und überall Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten nach sich ziehen würde.

Dieser Gesichtspunkt, der jedenfalls für alle anderen Parteien in Betracht kommt, ist aber nicht bloß ein äußerlicher. Ist die Zahl der Wähler auch die wichtigste, so ist sie doch nicht die einzige Voraussetzung der Mandats-Vertheilung, wie beispielsweise im Reichswahlgesetz dadurch anerkannt ist, daß solchen Kleinstädten, deren Einwohnerzahl weit unter der Durchschnittszahl eines Reichstags-Wahlkreises bleibt, ein Abgeordneter zugetheilt wurde. In Preußen bedeuten doch auch die Provinzen als solche etwas, und es wäre eine darte Zumuthung, daß die Provinzen 4, Posen 4, Schlesien 3, Hannover 3 Abgeordnete verlieren sollten. Das Mißverhältnis, daß Berlin nur 9 Abgeordnete wählt, während nach der Volkszahl 23 auf die Hauptstadt kämen, ist ein sehr arges; aber wir würden noch angemessener finden, hier und vielleicht für zwei oder drei andere Wahlkreise durch eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten Abhilfe zu schaffen, als im ganzen Lande die Wahlkreiseintheilung zu ändern.

Köln, 15. Mai. Heute fand die feierliche Eröffnung eines Soldatenheims statt. Da das hier lebende 62. Regiment sich hauptsächlich aus Nieder rheinländern und Sachsen zusammensetzt, haben die Mannschaften naturgemäß nur geringe Fühlung mit der Bevölkerung. Es war daher notwendig, ihnen einen Ort für den fehlenden Familienverkehr zu schaffen. Die aus England zu uns verbrachte Einrichtung der Soldatenheime hat in mehreren anderen Garnisonen gegenwärtig gewirkt. Der wenig bemittelte Soldat ist naturgemäß auf die niedrigsten Ranges angewiesen, in denen hier noch mehr als anderswo der Branntwein eine Hauptrolle spielt. Im Soldatenheim dagegen findet er seine heimathlichen Zerstreuung, unterhaltende Bücher, Gesellschaftsspiele (außer Würfeln und Karten), ferner Platz zum Schreiben, Feber, Time, Briefpapier und Umschläge (beide mit einem hübschen Stempel geziert); nur die Feinmarken sind zu bezahlen. Eine angenehme Zugabe unseres Soldatenheims ist ein wohlgepflegter Garten, welcher in nächster Zukunft vergrößert werden soll. Daß man auf Wunsch auch Speisen und Getränke (mit Ausnahme von Branntwein irgend welcher Art) zu billigen Preisen erhalten kann, ist selbstverständlich; doch ist kein Besucher gezwungen, etwas zu verzehren. Wahrscheinlich werden öfters Vorträge gehalten, und von Zeit zu Zeit auch Familienabende für Unteroffiziere veranstaltet werden. Pfarrer Kollar, welcher an der neuen Einrichtung besonders regen Antheil nimmt, hat heute schon einen Vortrag über Reisereminderungen gehalten.

München, 17. Mai. Im Finanzausschuß erklärte der Kriegsminister, eine Aenderung des Reglements über den Gebrauch der Schusswaffen durch die Wachtposten sei innoportun.

Wien, 17. Mai. (W. T. Z.) Wie das „Freundenblatt“ erzählt, hat Se. Majestät der Kaiser Wilhelm dem Handelsminister Marquis Baccusheim als Anerkennung der großen Verdienste bei den Handelsvertragsverhandlungen das Großkreuz des Rothen Adlerordens, dem Sektionschef v. Kalsberg den Kronenorden 1. Klasse, dem Sektionschef Sittler den Kronenorden 2. Klasse und dem Ministerialsekretär Köhler den Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Wien, 17. Mai. (W. T. Z.) Abgeordnetenhaus. Artikel 1 des Gesetzentwurfs betreffend die Wiener Verkehrsanlagen wurde in namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 71 Stimmen angenommen. Der Artikel enthält u. A. die ange-

fochtenen Bestimmungen über die Sammelkanäle und den Winterhafen. Dagegen stimmten die Czechen und ein großer Theil der Konser-vativen.

Der Handelsminister unterbreitete den Gesetzentwurf betreffend die Staatsgarantie für die „Südnorddeutsche Verbindungsbahn“, sowie die event. Einlösung derselben durch den Staat.

Wien, 17. Mai. (W. T. Z.) Der Finanzminister Dr. Steinbach erschien heute im Plenar-saal und gab Aufklärungen über die Umlagerung. Die Rede des Ministers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Wien, 16. Mai. Der aus dem ungarischen Insurrektionskriege von 1848/49 bekannte General Graf Klapka ist, wie bereits gemeldet, heute gestorben. Der Verstorbene, am 7. April 1820 zu Temesvár geboren, von seinem 18. Jahre an Offizier in der k. k. Armee, war neben Görgey der hervorragendste Feldherr der ungarischen Insurrektions-Armee. Die Katastrophe von Vilagos am 13. August 1849 überraschte ihn gerade in dem Augenblick, als er seine Truppen auf österreichisches Gebiet führen wollte. Allein hielt er sich dann noch, als das ganze übrige Ungarn bereits unterworfen war, bis zum 29. September in Komorn. An diesem Tage kapitulierte die Festung aber unter den ehrenvollen Bedingungen. Klapka lebte von da an bis 1887 im Auslande. Im Jahre 1866 bildete er in Ober-Schlesien eine ungarische Legion, der Krieg war aber — wie dies Klapka auch im Jahre 1869 widerfuhr — zu Ende, ehe er in Thätigkeit treten konnte. Im Jahre 1867 amnestirt, lebte er von da an wieder in Ungarn und wurde in dem genannten Jahre auch in das Abgeordnetenhaus gewählt. Aus seinen Schriften sei hier insbesondere „Der Nationalkrieg in Ungarn und Siebenbürgen“ hervorgehoben, ein Werk, welches ein klares, übersichtliches Bild der kriegerischen Vorgänge von 1848 und 1849 in Ungarn entrollt.

Wien, 17. Mai. (W. T. Z.) Der Unterrichtsminister Graf Csaky und der Justizminister von Szilagyi gaben in der heutigen Sitzung des liberalen Parteiklubs Erklärungen ab, denen zufolge die Regierung, um den Ko-fist in der Vegetationsfrage zu befeitigen, einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung von bürgerlichen Magistraten für Kinder aus Mischgen baldigst einbringen werde. Die Gleichberechtigung der jüdischen Konfession werde im Eherecht vollkommen gewahrt werden, der Abgeordnete Chorin möge deshalb auch von der Vorlegung eines Gesetzes betreffend die Reorganisation der jüdischen Konfession Abstand nehmen; die Regierung behalte sich auch hierin die Initiative vor. Der Klub nahm die Erklärungen mit Beifall zur Kenntnis. Von mehreren Klubmitgliedern wurde auch der Wunsch geäußert, die Verstaatlichung der Geburtsregister überhaupt eingeführt zu sehen.

Schweiz.

Bern, 15. Mai. Laut dem Geschäftsbericht des eidgenössischen Militärdepartements vom Jahre 1891 war der effektive Bestand der Bundesarmee am 1. Januar 1892 im August 128,499 Mann gegen 127,973 vorigen Jahres, in der Landwehr 81,164 gegen 80,272 und im Landsturm 276,161 gegen 272,124 vorigen Jahres. Zur Sicherung des Gotthards wurden im Jahre 1891 folgende Hauptarbeiten ausgeführt: Innere Vervollständigungen im Fort Alvaro und Tunnelarbeiten daselbst; Infanterie-Vertheilungsanlagen und Aufstellung von Panzerthürmen Gotthard; Weiterbau und vollständige Armierung der Werke Wölz und Wägberg bei Andermatt sowie Bollens-bung des Werkes auf Brückwaldboden; Bollens-bung der Straßen und Wege nach dem Wägberg auf der Oberalp, bis auf wenige Ergänzungsarbeiten; Unterfugebauten auf Oberalp; Weiterbau an den Artillerie- und Infanteriewerken auf Furka. Es wurde ferner an den 5. Lände-Aufnahmen für Herstellung von Karten für den Schießdienst weitergearbeitet und verschiedene Verträge für Erprobung von Geschützen und Munition sowie zur Ausarbeitung der Schußtafeln vorgenommen. Vom Credit von 3 Millionen Franken wurden 2,485,000 verausgabt, einschließlich 300,000 Franken für Anschaffung weiterer Armierungsobjekte. Der Unterhalt und die Bewachung der fertigen Werke kostete 60,000 Franken. Von den verschiedenen Bemerkungen des Berichts verdient folgende Erwähnung zu werden: „Zu den ersten Erscheinungen des diesjährigen Truppenzusammensetzens gehört nicht in letzter Linie die Disziplin, welche die Truppen durchwegs zeigten. In dieser Beziehung verdienen alle Truppen ein gutes Zeugnis, was sowohl der Mannschaft als auch den Offizieren zur Ehre gereicht. Die Disziplin kam nicht nur in den dienstlichen Verhältnissen, sondern auch in dem guten und verständigen Verhalten der Mannschaft unter sich und gegenüber den Bürgern zum Ausdruck.“

Niederlande.

Amsterdam, 14. Mai. Wiewohl das Ergebnis der Wahlen in den Provinzialstaaten mit ziemlicher Sicherheit vorauszuheben war, sah man doch mit Interesse den Verlauf derselben mit jenseitiger Spannung entgegen; in der zweiten Kammer, die mit einem Antrag über die Aenderung des bisherigen Jagdgesetzes beschäftigt war, wurde wenigstens die Aufmerksamkeit der Mitglieder von den über den Ausfall der Wahlen einlaufenden zahlreichen Drabberichten vollständig in Beschlag genommen. So weit sich bis jetzt übersehen läßt, wird die Zusammensetzung der Provinzialstaaten im großen Ganzen unverändert bleiben und da durch dieselben die Mitglieder der ersten Kammer ernannt werden, so läuft auch die liberale Mehrheit in der letzteren keine Gefahr. Amsterdam hat ausschließlich Liberale gewählt, nachdem die von Ultramontanen, Antirevolutionären und Radikalen vorgeschlagene Verdrückung des Grundgesetzes der berechtigten Vertretung der Minderheiten von den beiden großen, den Ausschlag gebenden Wahlvereinen zurückgewiesen worden war. Wiewohl Dr. Ruiper seinen Getreuen sehr dringend ans Herz gelegt hatte, überall nur Kandidaten der eigenen Partei aufzustellen und sich jeder Zusammenwirkung mit den Katholiken zu enthalten, und andererseits von ultramontaner Seite für die katholischen dieselbe Vorzug ausgeprochen worden war, fand dennoch in sehr vielen Wahlbezirken ein Zusammengehen beider statt, wodurch an manchen Plätzen die Nothwendigkeit einer späteren Stichwahl herbeigeführt wurde.

Im Norden tagt im Augenblick eine freirei-

katolisches Versammlung, bei welcher übrigens nicht nur kirchliche, sondern auch provinzielle materielle Interessen besprochen werden. Wie stets bei derartigen Gelegenheiten, hielt Dr. Schaepman die Festrede, und wenn man sieht, wie der selbst hier als glänzend begabter Redner seine Triumphe feiert, sollte man glauben, daß er der angesehenste und einflussreichste Mann der ganzen ultramontanen Partei sei. Dem ist aber nicht so, denn die sogenannte „nordbrabantische Fraktion“, an deren Spitze die Abgeordneten Vermeulen und Bahlmann stehen, drängt ihn mehr und mehr in den Hintergrund und von den Katholiken ist es besonders der Rotterdammer „Maas-bode“, der ihn mit seinem grimmigen und unversöhnlichen Hase beehrt. Seitern setzte letzteres Blatt die Unversöhnlichkeit der priesterlichen Würde mit der Stellung eines Volksvertreters auseinander und wenn Schaepmans Name dabei auch verschwiegen ist, so merkt man doch alsbald, daß die reaktionäre Richtung in der ultramontanen Partei es sehr gern sehen würde, wenn er sich entschloße, sein Mandat niederzulegen.

Belgien.

Brüssel, 17. Mai. (W. T. Z.) Wie verlautet, sollen die Vereinigten Staaten der belgischen Regierung vertraulich den Wunsch ausgedrückt haben, daß die angekündigte internationale Konferenz über die Silberfrage in Brüssel stattfinden solle.

Frankreich.

Paris, 15. Mai. Der heutige Leitartikel des „Soleil“ ist eine Zeichen- und Trauerrede auf die „Union chrétienne“, mit der ich mich in meinem geistigen Briefe beschäftigt habe. Der darin ausgesprochene Wunsch, daß die Männer, welche in ihr wirkten, ihre schätzbare Kraft der guten Sache in neuer Form erhalten würden, ist zu allgemeiner Natur, um daraus praktische Schlüsse auf etwaige Neubildungen zu ziehen. Der „Soleil“ giebt zu, daß die Auflösung des „christlichen Vereins“ die Folge der von Kardinal Richier aus Rom zurückgebrachten päpstlichen Vorschriften und der an Chesnelong gerichteten Depesche des Kardinals Rampolla sei. „Da der Verein sich nicht auf „verfassungsmäßigen Boden“ stellen wollte“, so schreibt der „Soleil“, „so blieb ihm nichts übrig, als sich aufzulösen.“ Eine „christliche Union“ habe sich dem Befehl des Papstes nicht widersetzen können. Sie sei seit der Enckikla bereits flüchtig abgewesen. „Die alte konfessionelle Union und später die revisionistische Union konnten eine Politik treiben, die von der des Papstes unabhängig war; die christliche Union dagegen war gezwungen, seiner Politik zu gehorchen, wenn sie nicht der Ketzerei angeklagt werden wollte. Und so befand sich denn der „Verein des christlichen Frankreich“ von Anfang an in einer falschen Situation.“

Paris, 17. Mai. (W. T. Z.) Die Deputiertenkammer hat heute ihre Sitzung wieder aufgenommen. Im Laufe der Sitzung wurden die Beratungen für die verschiedenen eingebrachten Interpellationen festgesetzt. Die Interpellation Coubeyron betreffend die Münzfrage soll in vierzehn Tagen zur Beratung kommen.

Paris, 17. Mai. (W. T. Z.) Deputiertenkammer. Der Marineminister Cavaignac brachte in der heutigen Sitzung das im Minister-rath abgeordnete Marinebudget für 1893 ein. Der Minister fordert in demselben 22 Millionen Franken mehr als sein Vorgänger. Der Mehrbetrag soll besonders zu Schiffbauten verwendet werden. Außerdem verlangt der Minister für das Budget pro 1892 einen Nachtragsschub von 40 Millionen Franken. 21 Millionen entfallen davon auf Schiffbauten, während 7 1/2 Millionen für die Artillerie und 2 1/2 Millionen für die Ausrüstung der Schiffe erforderlich sind.

Paris, 17. Mai. (W. T. Z.) Nicht nur das monarchistische Komitee für das christliche Frankreich, sondern auch die „Christliche Union“ selbst ist aufgelöst worden. Wie es heißt, darf dieselbe auf keinerlei neuen Grundlage wieder errichtet werden.

Marseille, 17. Mai. (W. T. Z.) Der König von Schweden traf um 7 Uhr Abends hier ein und wurde am Bahnhofe vom kommandierenden General und dem Präfecten empfangen. Der König gedachte sich hier zwei Tage aufzuhalten.

Italien.

Die Neubildung des italienischen Kabinetts hätte, wie aus Paris berichtet wird, in den französischen Kreisen keinen so unangenehmen Eindruck gemacht, wie es thatsächlich der Fall ist, wenn nicht die gefammte Presse aus Anlaß des Sturzes Rudinis ein Triumphgeschrei erhoben hätte und man nicht schon die Auflösung des Dreibundes bzw. das Ausscheiden Italiens aus demselben argwöhnte haben würde. Die Ent-tänkung ist nun um so größer, denn, daß das neue italienische Kabinet der Dreibundspolitik treu bleiben werde, ist ebenso sicher, wie eine Herab-minderung der Wehrkraft Italiens ausgeschlossen ist, nachdem der Kriegsminister Pelloux und der Marineminister Saint Bon an ihren Posten bleiben. Der Verger hierüber macht sich auch bereits seit in sämtlichen Wätern Luft, und das neue italienische Kabinet wird als ein Crispinisches angesehen.

Rom, 17. Mai. Der gestern Abend hier eingetroffene „Tempo“ bringt einige bemerkenswerthe Einzelheiten betreffend das neue italienische Ministerium. Als Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen ist nach dieser Quelle der Marquis di San Giuliano, ein ergebener Freund Crispinis, in Aussicht genommen. Als künftiger Schachminister wird der Senator Consilio genannt, ein Neapolitaner. Die Geburtsstunde fällt hier ins Gewicht, da bei dem herrschenden Regionalismus es in der italienischen Kammer über-merkt wurde, daß bei der Bildung des neuen Ministeriums die Politiker des „Nordens“ über-mäßig mit Portfeuille bedacht worden sind. Zugleich weiß der römische Berichterstatter des Pariser Blattes zu melden, daß der neue italienische Minister des Auswärtigen, Brin, eine längere Unterredung mit Crispien gehabt und den „Minister-macher“ gebeten habe, ihn über mehrere wichtige Fragen der auswärtigen Politik zu unterrichten. Wir geben diese Meldungen mit dem Vorbehalte, welcher bei französischen Quellen angehängt des Mismuthes, mit dem man in Paris das neue Kabinet Giolitti beurtheilt, geboten ist.

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Napels, 15. Mai. Mit dem stattlichen deutschen Reichspostdampfer „Kaiser“, Kapitän Stahl, welcher heute um Mitternacht seine Reise nach Ostafrika fortsetzt, bezieht sich nicht nur der Leiter der Kolonial-Abtheilung des kaiserlichen Auswärtigen Amtes selbst Frau Gemahlin, sondern auch ziemlich alles, was an Ostafrika Interesse hat, dorthin und so verpricht diese Fahrt eine für die Zukunft unserer ostafrikanischen Kolonie entscheidende und schwerwiegende zu werden. Es befinden sich u. a. Herr Direktor Lucas und Herr Dr. Untermyer, Mitglied von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, Herr Regierungsrath Klenner v. Gronau vom Johanniter-Orden, zwei Missionsbarn von der evangelischen Missionärs-Mission, ein Vertreter der deutschen Missionärs-Vereinigung, Herr Karl Perrot, Vorsitzender der deutsch-ostafrikanischen Seebaukommission, Herr v. Elch v. d. Schuttruppe, Schiffskapitän Prager, der den Dampferkommando führen soll, an Bord und soll sich auch Herr Major v. Wissmann in Suez nach Vagabondo einschiffen, um nunmehr den Transport des betreffenden Dampfers nach dem Inneren zu übernehmen. Sein Adjutant, Herr Dr. Humiller, ist ihm schon dorthin voraus-gesandt, um alles vorzubereiten. Also Glück, Heil und Segen für Deutsch Ostafrika.

Großbritannien und Irland.

Das Gend in den Eisenstritten Nordens, deren Werke durch den Streik der Durham Kohlenarbeiter lahmgelegt sind, ist furchtbar. In Cleveland norden, wie der Sonderberichterstatter der „Daily News“ meldet, abgesehen von den streikenden Verleuten, 100,000 Männer, Weiber und Kinder am Hungertuch. Sie haben kein Brennmaterial und theilweise sogar ihre Möbel verkauft, um den „Wolf von der Thüre fernzuhalten“. Wenn nicht bald neue ausgiebige Hilfe kommt, so müssen die Armen vor Hunger umkommen. Der vom Stabtrab von Middlebrough ins Leben gerufene Hilfs-fonds ist seit zwei Tagen erschöpft. Bis jetzt wurden jede Woche davon 400 Pfd. Sterl. für die Arbeitslosen verandt. Eine Familie erhielt 2 1/2 - 5 s wöchentlich. In Middlebrough müssen viele Familien mit 3 s die Woche jetzt auskommen, und davon muß noch die Miete bezahlt werden. Die meisten Vermietter sind natürlich so nachsichtig, ihre Mieter in dieser Zeit der Noth nicht zu drängen, es giebt aber auch Aus-nahmen. Unverheiratete Arbeiter haben aus dem städtischen Hilfsfonds bisher 2 d täglich bekommen. Jetzt erhalten sie statt dessen täglich eine Suppe und ein Stück Brod. Die Stadt hat gefunden, daß dies billiger ist. Der Anblick der bleichen, abgemagerten Kinder ist furchtbar. An 3000 werden in sechs verschiedenen Schulen der Stadt Mählheiten verabreicht. Die Zahl der Arbeitslosen droht dabei noch immer weiter zu wachsen. Wahrscheinlich wird die große chemische Fabrik von Cleveland wegen Kohlenmangel geschlossen werden. Die Bürgermeister von West-Hartlepool, Middlebrough, Stockton-on-Tees und Darlington haben einen Aufruf in der englischen Presse veröffentlicht, in welchem sie um milde Beiträge für die 100,000 Leute bitten, welche ohne eigene Schuld durch den Streik der Berg-leute von Durham in die bitterste Noth gerathen sind. Niemand habe es in England seit der Baumwollen-Hungernoth in Lancashire vor 30 Jahren solches Gend gegeben. Der Lord-Mayor der City von London hat sich schon zur Entgegen-nahme von Beiträgen bereit erklärt.

Der Jahresbericht der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft stellt die Lage derselben im Allgemeinen als befriedigend dar. In Folge des mit Deutschland und Italien getroffenen Abkommens beträgt das Gebiet der Gesellschaft jetzt 750,000 englische Quadratmeilen. Es ist somit dreimal so groß wie Frankreich. Der Küstenraum hat 400 englische Meilen. Schließlich hat der Sultan von Sansibar die Rechte, welche er der Gesellschaft zuerst auf 50 Jahre verliehen hatte, zu ewigen gemacht und die wichtigen Häfen Lamu und Kisumu abgetreten. Der König und die Hauptlinge von Uganda haben der Gesellschaft mittheilung des Vertrages gewisse Rechte und die Kontrolle über die finanziellen und auswärtigen Angelegenheiten dieses Königreiches eingeräumt. Das Verhältnis ist dem ähnlich, welches zwischen England und den Herrschern der Staaten der malayischen Halbinsel und Bornes besteht. Die Direktoren erklären in ihrem Bericht, daß im Allgemeinen ein Gefühl der Sicherheit im ganzen Gebiet der Gesellschaft besteht. Die Stämme, welche 300 englische Meilen landwirthschaftlich wohnen, kommen jetzt an die Küste nach Mombasa, während sie vor 3 Jahren aus Furcht, von den Sklavenhändlern abgefangen zu werden, sich nicht getrauten, auch nur ihre Dörfer zu verlassen. Die Einwanderung von Indien ist von größter Wichtigkeit für die Gebiete der Gesellschaft, und die Direktoren sind sanguinisch genug, an die Zeit zu denken, wo Afrika für die Bevölkerung Indiens das werden wird, was Amerika und die britischen Kolonien für England und das übrige Europa gewesen sind. Wie sich erwarten ließ, haben die Fortschritte der Gesellschaft schon viel zur Unterdrückung des Sklavenhandels gethan. Tausende sind aus der Knechtschaft erlöst worden, und im Gesamtgebiet der ostafrikanischen Gesellschaft dürfen gemäß den Bestimmungen der Völscher Konferenz keine Sklaverei eingeführt und verkauft werden. Die Direktoren heben natürlich hervor, daß auch das britische Reich seine Pflichten zur Enttänkung Ostafrika's und besonders zum Bau einer Eisenbahn nach dem Victoria-See hat.

Russland.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß der Zar aus seinem Privatvermögen 30,000 Rubel für ein Unternehmen bewilligt habe, welches eine wissenschaftliche Reise nach Zentralasien bezwecke. Solche Expeditionen fanden in den letzten Jahren viele statt, und am erfolgreichsten hat hierzu der Reisende Grombitchewsky in den Jahren 1889 und 1890 gewirkt. Die Marschroute, welche er damals zurücklegte, umfaßte 12,000 Werst (Rilo-meter). Der kühne Reifende überschritt das Pami-land von Pamir und ist der hauptsächlichste Erforscher von Kaschkar gewesen. Zwei Mal hat er den Rilen Fluß und den Dinduschuß passiert und im Himalaya-Gebirge entdeckte er eine neue 28,000 Fuß hohe Bergspitze, welche zu Ehren des Großfürsten-Alexander, von dem die Mittel zur Expedition herührten, „Cesarewitsch Nikolai“ benannt wurde.

Eine andere wissenschaftliche Expedition

